

18.02.2007

Lehren aus dem Fall Zumwinkel

Jetzt empören sich Politiker über den ehemaligen Postchef Klaus Zumwinkel. Andere fordern die Vorbildfunktion von Spitzenmanagern ein. Es gibt auch Stimmen, die Finanzbehörde und Staatsanwaltschaft in Bochum loben, weil sie sich trauen, einen solchen hohen Herrn anzugehen.

Doch die Krokodilstränen der Politiker helfen nicht weiter. Sie haben doch jahrzehntelang die Möglichkeit für solche Steuerhinterziehung und Steuerflucht nicht nur geduldet, sondern zum Teil erst selbst geschaffen. Unsere Steuergesetze enthalten viele Schlupflöcher, die sich die Höchstverdienenden und die Wirtschaft bestens zunutze machen. An Stellen für Steuerfahnder wird gespart. Dass Zumwinkel in die Fänge von Staatsanwalt und Finanzamt geraten ist, ist einem hoch bezahlten Informanten der Bank zu verdanken, nicht systematischem Vorgehen gegen Steuerhinterziehung und Steuerflucht. Zumwinkel ist „nur“ erneutes Beispiel für milliardenschwere Steuerflucht in Oasen weltweit. Wieso gibt es die Steueroase Liechtenstein ebenso wie viele andere Steuerparadiese überhaupt noch?

Das internationale Netzwerk für Steuergerechtigkeit (Tax Justice Network) hat berechnet, dass Vermögen von 11 bis 12 Billionen US-Dollar global in Steueroasen angelegt sind. Daraus lässt sich ableiten, dass den Finanzbehörden weltweit jährlich Steuereinnahmen von 255 Milliarden Dollar verloren gehen. Und in diesen Zahlen sind die zusätzlichen Steuerverluste noch nicht enthalten, die dadurch entstehen, dass Unternehmen ihre Gewinne teilweise durch zum Teil ganz legale Methoden in Steueroasen verschieben und so der heimischen Körperschaftsteuer entziehen.

Die Deutsche Steuergewerkschaft schätzt, dass bis jetzt deutsche Vermögen in einer Höhe von 300 Milliarden Euro am Fiskus vorbei in die Schweiz, nach Luxemburg, Liechtenstein und ein paar andere Steueroasen gebracht wurden.

Weil sich die Staaten überdies eine erbitterte Steuerkonkurrenz liefern, statt Steuerschlupflöcher zu schließen und international gemeinsam gegen Steueroasen vorzugehen, werden insbesondere Unternehmens- und Kapitalertragsteuern weltweit immer mehr gesenkt. Vermögen- und Erbschaftsteuern werden zum Teil gleich ganz abgeschafft.

Die Milliardenverluste bei den Steuereinnahmen muss der ehrliche Steuerzahler berappen, zum Beispiel über die Erhöhung der Mehrwertsteuer. Indirekte Steuern, also Umsatz- und Verbrauchssteuern, treten immer häufiger an die Stelle von direkten Steuern. Steuern auf den Konsum aber belasten die Bezieher kleiner Einkommen überdurchschnittlich, während die Gutverdiener meist problemlos ihre Steuerlast minimieren können. Die Kluft zwischen Arm und Reich wird messbar größer. Die Spaltung unserer Gesellschaft nimmt zum Schaden der Demokratie immer mehr zu.

Der eigentliche Skandal besteht darin, dass wie die meisten Staaten auch der deutsche de facto vor den Steuerhinterziehern schon kapituliert hat. Die Bundesregierung versteckt sich hinter den unwirksamen Maßnahmen von OECD und EU, so wie der Zinsrichtlinie, die beispielsweise Stiftungen wie die des Klaus Zumwinkel gar nicht erfasst.

Statt wirksame Maßnahmen zu ergreifen und wenigstens EU-weit durchzusetzen, senkte die Regierung schon zweimal innerhalb der vergangenen acht Jahre die Unternehmenssteuern. Als nächstes wird den Gutverdienern ein Steuergeschenk durch die pauschale Abgeltungsteuer auf Kapitalerträge gemacht. Misstrauisch macht an dieser Stelle, dass die Steuerfahndung – angeblich aus Sparzwängen heraus – personell geradezu ausgetrocknet wird. Zu eifrige Steuerfahnder wurden offenbar sogar zurückgepfiffen, so wie es Berichten zufolge unter der Regierung Roland Koch in Hessen geschah, angeblich um dem Finanzplatz Deutschland nicht zu schaden.

Die Bundesregierung sollte den Fall Zumwinkel zum Anlass nehmen, um sich daheim wie auch in EU und OECD konsequenter für die Bekämpfung von Steuerflucht einzusetzen. Druck ist nötig, damit sich auch die Schweiz, Liechtenstein und andere europäische Steueroasen am automatischen Informationsaustausch über die Kapitalerträge von Ausländern beteiligen. Die EU darf es nicht zulassen, dass Liechtenstein ein Piratenstaat bleibt, der sich jeder internationalen Zusammenarbeit gegen Steuerflucht verweigert. Die Drohung, EU-Banken Geschäfte mit liechtensteinischen Banken zu untersagen, würde mit einiger Wahrscheinlichkeit schon ausreichen, um das Fürstentum zum Überdenken seines Wirtschaftsmodells zu bewegen.

Notwendig ist ein wirksames Maßnahmenpaket national und international:

Wir brauchen EU-weite einheitliche Steuerbemessungsgrundlagen und Mindeststeuersätze, um den ruinösen Steuersenkungswettlauf zu begrenzen. Die Abgabenordnung muss den Steuerbehörden unbehinderten Einblick in Geldtransfers mit dem Ausland ermöglichen. Der Kreditkartenverkehr mit Steueroasen muss wie etwa in Australien systematisch untersucht werden. Wir brauchen viel mehr Personal bei der Steuerfahndung und in den Staatsanwaltschaften für Steuer- und Wirtschaftskriminalität.

Banken und Finanzinstitute müssen per Gesetz dazu verpflichtet werden, alle Kapitalerträge wie Zinsen, Dividenden, und Erträge aus Investmentfonds sowie Tantiemen, Lizenzgebühren und andere Einkünfte, die sie jedes Jahr fremden Staatsbürgern gutschreiben, offen zu legen und dabei die Empfänger zu benennen.

Wir brauchen den automatischen Informationsaustausch zwischen den Steuerbehörden der Länder, damit jedes Land Zugang zu Daten über Einkommen seiner Staatsbürger und -bürgerinnen in anderen Ländern hat und so eine angemessene Besteuerung gewährleisten kann. Ebenso sollte ein automatischer Austausch stattfinden, wenn fremde Staatsbürger neue Unternehmen, Fonds, Stiftungen oder Trusts gründen oder Gesellschafter werden.

Wenn ein Land nicht kooperiert, sollten ihm so lange wirtschaftliche Vergünstigungen wie zollfreier Zugang zu Märkten oder Doppelbesteuerungsabkommen verweigert werden, bis es zur Kooperation bereit ist. Notfalls ist der Kapitalverkehr mit Steueroasen einzuschränken.

Steuerflucht und Steuerhinterziehung sind Diebstahl öffentlichen Eigentums. Kaum etwas trägt mehr zu Steuer-Ungerechtigkeit bei als die Existenz von Steueroasen. Sie haben dem ehrlichen Steuerzahler den Krieg erklärt. Es ist höchste Zeit, sie endlich auszutrocknen.

Detlev v. Larcher

Mitglied im bundesweiten Attac-Koordinierungskreis

Mitbegründer des internationalen Netzwerkes für Steuergerechtigkeit, Tax Justice Network